



Inhalt

In eigener Sache – LAG Sprecherinnen informieren	1
Gleichstellung in Sachsen	2
Gleichstellung auf Bundesebene	4

In eigener Sache – LAG Sprecherinnen informieren

Klausur 2015

Vom 05.-06.02.2015 haben wir für Euch intensiv an unserer Jahresplanung in den Tagungsräumen des Hilda e. V. bei Klingenberg-Colmnitz zusammen gearbeitet. Die Ergebnisse unserer Beratung wollen wir Euch bis zur diesjährigen Landeskonzferenz präsentieren.



Landeskonzferenz 2015 auf den 06./07.10.2015 vorverlegt

Nach Absprache mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) haben wir den Termin für unsere Landeskonzferenz auf den **06./07.10.2015** vorverlegt. Wir bitten Euch den Termin vorzumerken und um eure Mitarbeit vorab:

1. Aller zwei Jahre erfolgt die Wahl der Sprecherinnen. Die Arbeit als Sprecherinnen ist eine interessante, arbeitsaufwendige und anspruchsvolle Tätigkeit. Wenn Ihr Euch im Sprecherinnengremium engagieren wollt, dann nutzt die Chance und stellt Euch zur Wahl.
2. Ihr habt wieder die Gelegenheit Anträge zu stellen. Für eine gute Vorbereitung bitten wir bis zum 31.08.2015 um Eure Anträge.
3. Interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Elternzeit und/oder mit kleinen Kindern bitten wir uns rechtzeitig zu melden, ob eine Kinderbetreuung benötigt wird.

Wie in den Internen Dienstberatungen 2014 vorgeschlagen werden wir uns in der Fachkonferenz dem Thema "Männern in der Gleichstellungsarbeit" widmen.

Gleichstellung in Sachsen

Erstes Urteil zum Verdienstausfall bei fehlenden Kita-Plätzen

In Leipzig hat das Landgericht mit Urteil vom 02.02.2014 ein erstes Urteil zum Verdienstausfall von 3 berufstätigen Eltern durch fehlende Kinderbetreuungsplätze gefällt. Aufgrund der verzögerten Aufnahme ihrer Kinder in eine Betreuungseinrichtung nach dem ersten Lebensjahr, konnten die Mütter nicht rechtzeitig an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Die Klägerinnen hatten sich deutlich und rechtzeitig um einen Kita-Platz bemüht. Seit August 2013 besteht für Kinder ab den 1. Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz. Nach Meinung des Deutschen Städte- und Gemeindetages wird eine weitere Klagewelle aber nicht erwartet, da bereits in vielen Fällen eine gütliche Einigung erfolgt ist. Die Städte Leipzig und Dresden haben aufgrund eines Geburtenbooms und erhöhter Zuwanderung Engpässe bei der Vorhaltung von ausreichenden Kita-Plätzen. Das Urteil ist noch nicht rechtsfähig. Nach Vorlage der Begründung entscheidet die Stadt Leipzig, ob sie Berufung gegen das Urteil einlegen wird.

Quelle: Freie Presse vom 03.02.2014

Die Staatsregierung will die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben im Betreuungsbereich unterstützen. So enthält der Entwurf für den Doppelhaushalt 2016/2017 Mittel zur schrittweisen Verbesserung des Personalschlüssels in der Kinderbetreuung. Der Betreuungsschlüssel im Kindergarten soll bis 2016 auf 1:12 und in der Kinderkrippe bis 2018 auf 1:5 gesenkt werden. Dafür übernimmt der Freistaat die Kosten für den Ausbau. Auch die Landeszuschüsse sollen bis 2018 auf 2.455 Euro steigen. Den Gemeinden obliegt jedoch die Suche nach weiteren Erziehern und Erzieherinnen.

Quelle: <http://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/196236>

Der Haushaltsplan ist im Entwurf einsehbar unter:

http://www.finanzen.sachsen.de/download/Epl_08.pdf

Sächsischer Gründerinnenpreis

Die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, hat am 23.01.2015 Katja Thieme mit dem Sächsischen Gründerinnenpreis ausgezeichnet. Die Leipzigerin ist seit 2010 Geschäftsführerin der Reiseagentur *betourt und bietet »Cross-Golf« und »GPS-Touren zur Stadterkundung« an. Ebenfalls ausgezeichnet wurden Frau Birgit Kermer aus Limbach-Oberfrohna mit ihrem Unternehmen Automation GmbH und Frau Dana Schillgalies, welche seit 2011 die FST Fenster-Sonnenschutz-Technik in Wermisdorf betreibt.

Näheres unter: <http://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/196463>

PEGIDA gegen Gender Mainstreaming

Seit November 2014 demonstriert die islamkritische Bewegung PEGIDA in Dresden und hat in zahlreichen Städten Nachahmer gefunden. Erste Erhebungen der TU Dresden haben ergeben, dass der typische PEGIDA-Demonstrant u. a. aus der Mittelschicht stammt, 48 Jahre alt und männlich ist. In einem an die Medien weitergereichten Positionspapier positioniert sich die PEGIDA zwar gegen frauenfeindliche Muslime (Punkt 10), aber gleichzeitig in Punkt 17 auch gegen Gender Mainstreaming. Die in der Europäischen Union verbindlich festgeschriebenen und im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerte Verpflichtung zur Geschlechtergerechtigkeit werden als "wahnwitzig" empfunden. Die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache als "zwanghaft".

http://tu-dresden.de/aktuelles/newsarchiv/2015/1/pegida_pk

www.lvz-online.de/f-Download-d-file.html?id=2942

One Billion Rising in Chemnitz

Am 14.02.2015 um 16 Uhr in der in der SACHSEN-ALLEE Chemnitz haben wieder Frauen für Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben ohne Gewalt getanzt. Für die Aktion "One Billion Rising" erheben sich seit 2012 am 14. Februar jeden Jahres weltweit Frauen und Männer für ein Ende von Gewalt und sexuellem Missbrauch gegen Frauen. Nähere Information unter: <https://www.facebook.com/pages/One-Billion-Rising-Chemnitz/1579741272249685>

Frauenmahle 2015

Auch in diesem Jahr finden wieder sachsenweit lutherische Frauenmahle statt. Unter dem Motto „Wir sind Reformerrinnen - Frauen geben Impulse für die Zukunft“ bitten Frauen aus verschiedenen Gemeinden zu Tisch und laden Frauen ein in den begleitenden Gesprächen ihre Perspektive auf Kirche und Gesellschaft darzulegen. Zum Frauentag am 08.03.2015 findet im Meißener Rathaus von 12:00 - 15:00 Uhr das erste diesjährige Frauenmahl zum Thema: „Wir sehen jetzt durch einen Spiegel ein dunkles Bild...“ statt. Als Referentinnen sind Sonja Domröse (Theologin und Autorin), Isabell Šuba (Filmmacherin), Profn. Kerstin Hensel (Hochschule „Ernst Busch“ Berlin) geladen. Die Veranstaltung kostet 22 € (ohne Getränke). Eine Anmeldung ist erforderlich.

Anmeldung:

Ev.-Luth. Kirchgemeinde St. Afra Meißen
Ina Hess
An der Frauenkirche 11
01662 Meißen
Tel: 03521 40 70 014
Email: ina.hess@sankt-afra-meissen.de

Das Frauenmahl ist eine sich fortsetzende Veranstaltungsreihe in Sachsen und den Gliedkirchen der EKD. Weitere Informationen unter:

www.evks.de/FrauenderReformation
www.frauenmahl.de
www.frauenarbeit-sachsen.de

GRÜNEN Fachgespräch Frauen in Kunst und Kultur

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ihre kulturpolitische Sprecherin Dr. Claudia Maicher laden anlässlich ihrer Frauentagsveranstaltung am 04.03.2015 von 16:00-17:30 Uhr zum Fachgespräch "Gleiche Chancen überall? – Frauen in Kunst und Kultur" in den Sächsischen Landtag Neubau, Saal 2, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden ein. Die Veranstaltung erörtert konkrete und strukturelle Benachteiligungen von Frauen im Bereich der Kunst und Kultur. Es soll darüber diskutiert werden, wie eine Verbesserung der Situation von Frauen bei der Kunstförderung, in Kultureinrichtungen und Kunsthochschulen erreicht werden sollen. Anmeldung bis zum 01.03.2015 an Matthias.Jobke@slt.sachsen.de. Ein gültiges Personaldokument ist für den Einlass in den Landtag notwendig.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit Grit Ebert
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel: 0351 49 34 815
Fax: 0351 49 34 809
E-Mail: grit.ebert@slt.sachsen.de
www.gruene-fraktion-sachsen.de

Gleichstellung auf Bundesebene

Beschäftigung von Frauen

Frauenerwerbstätigkeit gestiegen

Die Erwerbstätigkeit von Frauen in Deutschland ist nach dem 5/2015 DIW Wochenbericht auf ihren historischen Höchststand. Als Datengrundlage nutzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung e. V. den Mikrozensus des Statistisches Bundesamt (2014). Demnach waren 2013 18 Millionen Frauen erwerbstätig. Die Anzahl von erwerbstätigen Frauen hat sich von 1995 um 5 Millionen Frauen erhöht. Die Zahl von Männern, die einer bezahlten Erwerbsarbeit nachgehen, ist in dieser Zeit lediglich von 22,4 auf 22,9 Millionen Personen gestiegen. Gründe für die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen ist laut DIW die demografischen Entwicklung. So steigt seit Jahren der Bedarf an Arbeitskräften im Gesundheits- und Sozialwesen im erzieherischen Bereich. Doch auch wenn 46,3 Prozent aller Erwerbstätigen weiblich 2013 waren, lag der Anteil von Frauen am Arbeitsvolumen weiterhin niedrig, da 40 Prozent der erwerbstätigen Frauen einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. So arbeiteten Frauen 2013 durchschnittlich 30,1 Stunden pro Woche, während der Anteil an Männern in Teilzeit mit 39,5 Wochenstunden gering ausfiel. Auch in traditionellen Männerberufen war der Anteil an Frauen nach wie vor niedrig.

Quelle:

<http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/rekord-noch-nie-waren-so-viele-frauen-erwerbstaetig.html>

http://www.diw.de/de/diw_01.c.100404.de/publikationen_veranstaltungen/publikationen/wochenbericht/wochenbericht.html

Ostdeutsche Frauen arbeiten mehr

Eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung hat herausgefunden, dass die Frauenbeschäftigungsquote im Osten von 50,9 Prozent aus dem Jahr 2006 bis 2012 auf 57,9 Prozent gestiegen ist. In Sachsen sind 58,5 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter beschäftigt. Ausgewertet wurden die Daten von Frauen, die zwischen 18 bis 64 Jahren am Wohnort als sozialversicherungspflichtig beschäftigt gemeldet sind. Die Quote in Westdeutschland liegt mit 50,9 Prozent noch unter dem Bundesdurchschnitt der Beschäftigungsquote von 51,8 Prozent. Die niedrigen Beschäftigungsquoten von Frauen liegen unter den Quoten der Männerbeschäftigung von 59,2 Prozent. Näheres unter:

<https://www.wegweiser-kommune.de/meldungen/pressemeldung-zur-frauenbeschäftigungsquote-in-ost-und-west>

Frauenpotentiale zu Sicherung des Fachkräftepotentials notwendig

Der zweite Forschungsbericht "Arbeitsmarkt 2030" wurde am 05.02.2014 vom Bund präsentiert. Neben einer positiveren Arbeitsmarktentwicklung werden bis 2030 Fachkräftelücken insbesondere bei den Gesundheitsberufen, in Führungspositionen sowie bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern erwartet. Große Potentiale bei qualifizierten Frauen dürfen nach Sicht der Bundesfamilienministerin (BMFSFJ), Manuela Schwesig, nicht verschenkt werden. Eine moderne Familienpolitik, die Frauen und Männern gleichgestellte Chancen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einräumt, soll dabei zur Fachkräftesicherung beitragen. Bis 2030 wird der Anteil von Personen zwischen 20 und 64 Jahren um rund 5 Millionen sinken, damit verringern sich auch die Zahlen der Erwerbslosen um 1 Million und der Erwerbstätigen ohne Berufsabschluss um 2,4 Millionen, während die Zahl der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss um 2,2 Millionen steigen wird.

Quelle: <http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/arbeitsmarktprognose-2030.html>

Änderungen im Kindesunterhalt verschlechtern Situation von Alleinerziehenden

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) hat in der Pressemitteilung vom 04.12.2014 die Änderungen der Düsseldorfer Tabelle kritisiert. Der Selbstbehalt wurde um 80 € angehoben und beträgt seit 01.01.2015 1.080 €, während die Höhe des Kindesunterhaltes seit 2010 nicht erhöht wurde. Da Alleinerziehenden trotz gestiegener Lebenshaltungskosten keinen eigenen Selbstbehalt für sich beanspruchen können, sieht der VAMV eine Benachteiligung von Alleinerziehenden und ihren Kindern in der Änderung. Der Deutsche Juristinnenbund (djb) verweist auf den gestiegenen Bedarf der Kinder und rechnet erst ab 2016 mit einer Anhebung des steuerlichen Kinderfreibetrags und des Mindestunterhalts

Quellen:

<http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/kindesunterhalt-geht-in-die-dritte-nullrunde.html>

http://www.vamv.de/presse/pressemitteilungen/select_category/43/article/-b7f1bf6c9d.html

Maßnahmen gegen Häusliche Gewalt

Linke fordern sofortigen Schutz

Die Partei Die Linke hat die Bundesregierung aufgefordert, einen Rechtsanspruch auf sofortige und umfassende Hilfe für gewaltbetroffene Frauen durchzusetzen. Die Finanzierung der Frauenhäuser müsse einzelfallunabhängig und bedarfsgerecht in allen Bundesländern gleich geregelt werden um einheitliche Lebensverhältnisse herzustellen. Frauen sollten unabhängig vom Einkommen, vom Aufenthaltstitel, vom Herkunftsort und von gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen bei Häuslicher Gewalt in Schutzeinrichtungen aufgenommen werden. Auch Bündnis 90/Die Grünen fordern eine einheitliche Finanzierung aus Bund, Ländern und Kommunen. Die regierungsbildenden Parteien sehen die Finanzierung der Frauenhäuser nach wie vor in der Zuständigkeit der Länder, auch wenn diese von der jeweiligen Haushaltslage abhängig. Nach einem Bericht der Bundesregierung konnten 2013 bundesweit 5.400 Frauen und ihre Kinder Zuflucht in einem Frauenhaus finden, knapp 7.700 Frauen wurden jedoch abgewiesen, da eine Planbarkeit der erforderlichen Kapazitäten schwierig ist. Der Deutsche Frauenrat fordert seit 2010 einen Beschluss für ein ganzheitliches und multidisziplinäres Hilfesystem bei Häuslicher Gewalt beschlossen.

Quelle:

<http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/linksfraktion-will-rechtsanspruch-auf-schutz-und-hilfe.html>

Der Antrag ist als Drucksache abrufbar unter:

<http://www.linksfraktion.de/antraege/rechtsanspruch-schutz-hilfe-gewalt-betroffene-frauen-deren-kinder/?rss>

Der Antrag wurde am 16.01.2015 im Bundestag behandelt.

EU-Studie "Gewalt gegen Frauen"

Nach einer aktuellen Studie „Gewalt gegen Frauen“ der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte sind lediglich knapp ein Viertel der Frauen (23 Prozent) in Deutschland über Initiativen zum Thema Gewalt gegen Frauen informiert. Im EU-Vergleich liegt Deutschland damit auf einem der letzten drei Plätze. In der repräsentativen Studie wurden 42.000 Frauen aus den 28 Mitgliedsstaaten befragt. 33 Prozent der befragten Frauen zwischen 15 und 74 Jahren erlebten dabei physische oder sexuelle Gewalt, 55 Prozent wurden Opfer von sexuellen Belästigungen. In Deutschland liegt die Zahl der von Gewalt betroffenen Frauen bei 35 Prozent, 60 Prozent erlebten sexuelle Belästigung. Darüber hinaus wurden 13 Prozent der Mädchen unter 15 Jahren in Deutschland Opfer von sexueller Gewalt.

http://www.bundestag.de/presse/hib/2015_02/-/359618

Mütter unter Druck

Gleich mehrere aktuelle Studien haben herausgefunden, dass Eltern im Beruf und Familie alles geben. In einer von der Zeitschrift "Eltern" beauftragten Studie wurden über 1000 Eltern mit Kindern bis 12 Jahren vom Meinungsforschungsinstitut Emsa über ihre Ansprüche als Eltern befragt. Nach Sicht der Befragten sind gute Eltern immer für ihre Kinder da, dabei beklagen 62 Prozent den Mangel an Zeit und 70 Prozent sind mit sich unzufrieden, weil sie ihren eigenen Ansprüchen nicht genügen. Eltern wünschen sich mehr Unterstützung und Verständnis für ihre Situation, mit den Angeboten der Bundesregierung insbesondere den Ausbau des Kita-Angebotes waren die Eltern aber zufrieden. Obwohl 85 Prozent der Väter ein partnerschaftliches Erziehungsmodell bevorzugen nimmt nur ein Drittel die Erziehungsverantwortung wahr. Bei Frauen liegen mit 62 Prozent die Hauptverantwortung in der Erziehung. Eine ergänzende Studie für "Eltern Family" befragte Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren über ihre Eltern und Kindheit erfragt. Das Institut iconkids & youth kommt zu dem Ergebnis, dass 92 Prozent der befragten 727 Kinder finden, dass ihre Eltern "die besten Eltern" die sie sich vorstellen können. Quelle: Freie Presse vom 13.01.2015

www.elternfamily.de/studie

Die Unternehmensberatung Roland Berger Strategy Consultants fordert in seiner THINK ACT-Publikation "Die neue Vereinbarkeit", die im November 2014 veröffentlicht wurde, bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie einen neuen Qualitätsanspruch für Väter, Berufseinsteiger und Berufseinsteigerinnen. Immer mehr Eltern wünschen sich eine „vollzeitnahe“ Beschäftigung und die faire Aufteilung der Familienarbeit. Die Studie skizziert den Stand zur Vereinbarkeit in den Unternehmen und daraus resultierende Managementstrategien und ist abrufbar unter:

<http://www.rolandberger.de/medien/publikationen/2014-12-12-rbsc-pub-die-neue-Vereinbarkeit.html>

Ein kritischer Artikel über die Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Ferdinand Knauß ist in der Wirtschaftswoche vom 06.02.2015 erschienen:

<http://www.wiwo.de/erfolg/zukunftderarbeit/familie-und-beruf-die-luege-von-der-vereinbarkeit/11331314.html>

Frauen haben Angst vor Altersarmut

Laut der Aegon Ruhestandsstudie 2014 "Frauen im Spannungsfeld von Familie, Karriere und finanzieller Sicherheit" fürchten sich ein Drittel der Frauen vor finanziellen Sorgen im Ruhestand. 82 Prozent der von der Versicherungsgruppe befragten Deutschen Frauen fühlt sich für den Ruhestand schlecht vorbereitet und glauben nicht daran, dass sie ein erforderliches Alterseinkommen erhalten oder von ihrem Partner abhängig sein werden. Unterbrechungen in der Erwerbstätigkeit durch familienbedingte Auszeiten und Teilzeitbeschäftigungen führen laut einer OECD-Studie bereits dazu, dass Frauen im Durchschnitt nur die Hälfte der Rente im Alter erhalten. Politische Lösungen wie die Mütterrente mindern das Rentendilemma kaum, langfristig hält die Studie flexiblere Arbeitsmodelle für sinnvoll, in denen Familienpflichten partnerschaftlich geteilt werden. Für die Studie wurden knapp 8.000 Frauen aus 15 Ländern befragt.

Quellen:

<http://www.aegon.de/Home/Uber-uns/Studien/Aegon-Ruhestandsstudie-2014-2/>

<http://www.wiwo.de/finanzen/vorsorge/altersarmut-frauen-fuehlen-sich-schlecht-auf-den-ruhestand-vorbereitet/11122710.html>

Bund will Hebammen unterstützen

Am 17.12.2014 gab das Bundesministerium für Gesundheit Maßnahmen zur Unterstützung von Hebammen bekannt, die gemeinsam mit den Hebammenverbänden erarbeitet wurden. Zum einen erfolgt seit 01.07.2014 eine finanzielle Entlastung durch die Krankenkasse um die Prämiensteigerungen für Geburtshilfeleistungen zu entlasten. Ab 01.07.2015 werden Hebammen, die aufgrund weniger betreuter Geburten nicht für ihre Prämie zur Berufshaftpflichtversicherung aufkommen können, durch einen dauerhaften Sicherstellungszuschlag entlastet. Damit soll eine flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe gewährleistet werden. Ein zusätzliches Versorgungsstärkungsgesetz soll künftig dafür sorgen, dass Kranken- und Pflegekassen keine Regressforderungen an freiberuflichen Hebammen erheben müssen, so dass ein weiterer Anstieg an Versicherungsprämien vermieden wird und Anbieter wieder attraktive Berufshaftpflichtversicherungen für Hebammen bereitstellen können. Durch ein geplantes Präventionsgesetz sollen Familien die Möglichkeit erhalten, die Leistungen der Hebammen zukünftig 12 Wochen statt wie bisher nur 8 Wochen in Anspruch zu nehmen.

Quelle: <http://mobile.bundesgesundheitsministerium.de/themen/krankenversicherung/gkv-versorgungsstaerkungsgesetz/aenderungen-fuer-hebammen.html>

Der Deutsche Hebammenverband begrüßt die Maßnahmen und erhebt gleichzeitig Zweifel daran, ob der vorgeschlagene Regressverzicht die Prämien nachhaltig senken wird. Näheres dazu unter: <http://www.hebammenverband.de/aktuell/nachricht-detail/datum/2014/12/18/artikel/langfristige-loesung-der-hebammenhaftpflichtproblematik-noch-nicht-in-sicht/>

Keine Reform im geplanten Prostitutionsgesetz

Die Koalition hat am 04.02.2015 die Eckpunkte für das geplante Gesetz zum Prostituiertenschutz bekannt gegeben, das im März beschlossen wird. Künftig benötigen Betreiber von Bordellen eine Erlaubnis und eine Zuverlässigkeitsprüfung. Prostituierte werden zu einer Anmeldepflicht aller zwei Jahre verpflichtet und erhalten ein jährliches medizinisches und soziales Beratungsangebot. Gestrichen wurden damit die geforderten monatlichen Gesundheitsuntersuchungen und die Einführung eines Mindestalters für Prostituierte von 21 Jahren, dafür werden jüngere Prostituierte zu einer medizinischen Erstberatung und einer halbjährlichen Beratung verpflichtet. Eine Freierbestrafung nach "schwedischen Modell" ist nicht geplant. Auch die von der Europäischen Union geforderte Bestrafung von Freiern von Zwangsprostituierten ist noch nicht geregelt. Umstritten ist wie die geplante Kondompflicht kontrolliert werden soll. Strafbehörden haben die Möglichkeit unangemeldet Kontrollen in den Bordellen durchzuführen. Sozialverbände kritisieren, dass die Anmeldepflicht Zwangsprostitution nicht verhindern kann und zu einer zusätzlichen gesellschaftlichen Stigmatisierung von Prostituierten führt. Benötigt würden mehr niedrigschwellige, freiwillige Beratungsangebote.

Quellen u. a.:

<http://www.tagesschau.de/inland/prostitutionsgesetz-107.html>

<http://www.emma.de/artikel/prostitution-alice-schwarzer-ueber-den-verrat-318399>

US-Studie: Chefs hemmen Frauenkarrieren

Nach einer Studie "Moments of Truth" der amerikanischen Unternehmensberatung Bain & Company starten häufiger Frauen (43 Prozent) als Männer (34 Prozent) mit einer Aufstiegs motivation ins Berufsleben. Allerdings sinkt der Ehrgeiz sich um einen Führungs posten zu bewerben nach 5 Jahren bereits auf 16 Prozent, während der Führungsanspruch bei Männern gleich bleibt. Gründe warum Frauen das Selbstvertrauen in ihre Führungsfähigkeiten von 27 Prozent auf 16 Prozent nach 5 Jahren Berufstätigkeit verlieren, liegen auch an der fehlenden Unterstützung durch Vorgesetzte. Lediglich 44 Prozent (bei Berufseinsteigerinnen 64 Prozent) der befragten Frauen, aber 56 Prozent der befragten Männer (bei Berufseinsteigern 59 Prozent) fühlten sich 5 Jahre nach dem Berufseinstieg noch durch Vorgesetzte unterstützt. Die Studie stützt auf eine Befragung von 1009 Personen aus unterschiedlichen Unternehmen, Alters- und Hierarchiestufen. Die Studie kam zu dem entscheidenden Schluss, dass die Befragten immer die gleichen Hinderungsgründe nannten, unabhängig von ihrem Familienstatus. So verhindern nicht Kinder die Karrieremotivation von Frauen, sondern männlich geprägte Rollenvorstellung, fehlende Wertschätzung und ehrliche Anerkennung ihres direkten Vorgesetzten.

Quelle: <http://www.spiegel.de/karriere/berufsleben/frauen-im-management-vorgesetzte-zerstoeren-frauenkarrieren-a-1012601.html>

Männergesundheitskongress „Im Fokus - Psychische Gesundheit von Männern“

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) veranstalten am 14.04.2015 in Berlin den 3. Männergesundheitskongress zum Thema „Im Fokus - Psychische Gesundheit von Männern“. Das Rollenbild des Mannes unterliegt steigenden persönlichen und gesellschaftlichen Ansprüchen im Berufs- und Privatleben. Zunehmende Belastungen und Stress führen auch zu psychische Erkrankungen, die gesellschaftlich bisher wenig thematisiert wurden. In Vorträgen und Workshops werden zu neusten Erkenntnisse zur psychischen Gesundheit von Männern, der männerspezifischen Umgang mit Medikamenten und die Weiterentwicklung männerspezifischer Angebote in der Gesundheitsförderung informiert.

Näheres unter www.maennergesundheitsportal.de.

*Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.
Fachreferentin Stephanie Schluck
Fenskeweg 2
30165 Hannover
Tel: 0511 38 81 18 939
E-Mail: stephanie.schluck@gesundheit-nds.de
www.gesundheit-nds.de*

Alleinerziehende und Hartz IV

Das Feature " Alleinerziehende und Hartz IV Alltagskampf bis zur Erschöpfung " von Wibke Bergemann wurde am 15.12.2014 im Deutschlandradio Kultur gesendet und ist als Podcast abrufbar unter:

http://www.deutschlandradiokultur.de/alleinerziehende-und-hartz-iv-alltagskampf-bis-zur-976.de.html?dram:article_id=304664

Sexuelle Gewalt

Unter der Reportagenreihe "Jetzt mal ehrlich" berichtete das Bayerische Fernsehen am 09.02.2015 über "Sexuelle Gewalt und die Ohnmacht der Frauen. Der Beitrag ist unter der Mediathek verfügbar:

<http://www.br.de/mediathek/video/video/jetzt-mal-ehrlich-150.html>

In der anschließenden Expert_innenrunde wurde das Thema "Sexuelle Gewalt als Waffe - Warum diese Aggression gegen Frauen?" diskutiert.

<http://www.br.de/mediathek/video/video/sexuelle-gewalt-als-waffe-100.html>

Papa, trau Dich!

Die ARD-Reportage unter dem Titel: "Die Story im Ersten: Papa, trau Dich!" vom 19.01.2015 beleuchtet das aktuelle Spannungsfeld von Vätern, die in Elternzeit gehen und ist unter der Mediathek verfügbar:

<http://www.ardmediathek.de/tv/Reportage-Dokumentation/Die-Story-im-Ersten-Papa-trau-Dich/Das-Erste/Video?documentId=25947088&bcastId=799280>

Impressum:

Herausgeberin:

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Sachsens

c/o Landratsamt Görlitz

Bahnhofstraße 24

02826 Görlitz

Tel: 03581 66 39 009

E-Mail: info@gleichstellungsbeauftragte-sachsen.de

Verantw. Redakteurin i. S. d. P.

Annett Schrenk

Tel: 03731 79 93 328

E-Mail: annett.schrenk@landkreis-mittelsachsen.de

Katrin Pilz (in Elternzeit)

Tel: 03731 4441059

E-Mail: pilz.gsb@gmail.com